

10/5

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Betrifft: Fortschrittsbericht 2018 über die Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50% und darüber

Die österreichische Bundesregierung verpflichtete sich per Ministerratsbeschluss vom 15. März 2011 dazu, den Frauenanteil in Aufsichtsgremien der Unternehmen, an denen der Bund mit 50% oder mehr beteiligt ist, bis 31. Dezember 2013 auf 25% zu erhöhen. Bis 31. Dezember 2018 soll die Beteiligung der Frauen auf 35% angehoben werden. In diesem Sinne soll auch auf die anderen entsendenden Stellen eingewirkt werden.

Um die Vorbildwirkung des Bundes zu unterstreichen und das Bewusstsein für die Vorteile einer stärkeren Einbindung von Frauen zu erhöhen, hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Umsetzung dieser Quotenregelung jährlich zu überprüfen und den gemeinsamen Fortschrittsbericht dem Ministerrat vorzulegen.

Für das Jahr 2017 ergab die Erhebung des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort:

- Im Berichtszeitraum (1. Jänner 2017 bis 31. Dezember 2017) war der Bund an 54 Unternehmen mit 50% und mehr beteiligt und entsendete 289 Aufsichtsratsmitglieder, davon waren 135 Frauen (2016: 295 Aufsichtsräte, davon 119 Frauen). Von den insgesamt 377 von allen EigentümerInnen entsendeten Aufsichtsratsmitgliedern waren 157 Frauen.

- Durchschnittlich liegt die Bundes-Frauenquote in diesen staatsnahen Unternehmen bei 46,7%. Im Vergleich zum Vorjahr (40,3%) bedeutet dies einen Anstieg um 6,4 Prozentpunkte. Die deutliche Verbesserung ist vor allem durch die Neubesetzung von Aufsichtsrätinnen im Bereich des BMF begründet.
- Die überwiegende Zahl, nämlich 37 Unternehmen, erfüllen bereits die bis Ende 2018 umzusetzende Bundes-Frauenquote von 35% oder liegen sogar darüber (2016: 31 Unternehmen; 2011: 17 Unternehmen).
- 17 Unternehmen weisen eine Bundes-Frauenquote zwischen 25% und 35% auf, von denen wiederum 7 Unternehmen mit 33% Frauenanteil der 35%-Quote schon sehr nahe kommen.
- Alle 54 Unternehmen erfüllen die Ende 2013 zu erreichende Quote von 25%; 2016 erfüllten immerhin 8 Unternehmen die 25%-Quote noch nicht.
- Insgesamt wurden in der Berichtsperiode 88 Personen in 29 Unternehmen vom Bund entsandt oder neu aufgestellt, wovon 50 Frauen waren (56,8 %).

Es wird angestrebt, die oben beschriebene Bundesquote von 35% bis 31. Dezember 2018 umzusetzen, weshalb die Bundesministerien ersucht werden, explizit auf die Einhaltung der Vorgaben gemäß Beschluss der Bundesregierung, TOP 23 der 93. Sitzung des Ministerrates vom 15. März 2011 zu achten.

Die Bundesregierung bekräftigt ihr Bekenntnis zur Steigerung der Zahl von Frauen in Aufsichtsräten und wird bis zum nächsten Bericht im Frühjahr 2019 ihre Bemühungen verstärken.

Wir stellen somit den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht betreffend Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien der Unternehmen mit einem Bundesanteil von 50% und darüber zustimmend zur Kenntnis nehmen.

1. März 2018

Die Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend:
Juliane Bogner-Strauß

Die Bundesministerin für Digitalisierung
und Wirtschaftsstandort:
Margarete Schramböck